

Einreicherin/Einreicher:

Offene Linke Liste

Liste unabhängiger Studierender

Vorlage
zur Beschlussfassung durch
das Konzil der Humboldt-Universität zu Berlin
am 12.11.2019

1. Gegenstand der Vorlage:

Abwahl der Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst

2. Beschlusssentwurf:

Das Konzil beschließt die Abwahl der amtierenden Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst.

3. Begründung:

Am Donnerstag, den 24.10.2019, haben Aktivist_innen im Institut für Sozialwissenschaften der HU gegen den türkischen Angriffskrieg in Kurdistan eine Protestaktion veranstaltet. Der Referent_innenRat hat für die Räume im ISW eine studentische Vollversammlung einberufen, um eine geordnete Diskussion über diese und andere Themen zu ermöglichen. Daraufhin hat die Leitung der Humboldt-Universität umgehend die Polizei dazu aufgefordert, das Institut zu räumen. Wir nehmen diesen abermaligen Eingriff des Präsidiums in die studentische Selbstverwaltung, in die Freiheit der Lehre und in die Hochschulautonomie zum Anlass diesen Abwahlantrag zu stellen.

In den Jahren ihrer Präsidentschaft haben wir zahlreiche Eingriffe in die studentische Selbstverwaltung erleben müssen. Dazu zählen u.a. die Aufrechterhaltung der Strafanzeigen, die sie gegen drei Besetzer_innen des Instituts für Sozialwissenschaften 2017 gestellt hatte, der Versuch mittels Bescheid und trotz Satzungsautonomie die Satzung der Verfassten Studierendenschaft zu ändern, die auf Weisung des Berliner Senats (namentlich Staatssekretär Steffen Krach) widerspruchslos angestrebte Klage gegen den RefRat im Zuge einer AfD-Anfrage eine Namensliste der Referent_innen zu erstellen und schließlich der Abbruch einer studentischen Vollversammlung mittels Polizeieinsatz am 24.10.2019.

In all diesen Punkten hat es Vermittlungsversuche von Seiten der Studierenden gegeben, die mit dem Einschalten von Ermittlungsbehörden beantwortet wurden. Daran wird deutlich, dass eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Universität und der Studierendenschaft unter der amtierenden Präsidentin nicht möglich ist.

Mit Sorge blicken wir zurück auf den Gründungsprozess des Instituts für islamische Theologie. Obwohl studentische Vertreter_innen im Akademischen Senat wiederholt kritisierten, ja davor warnten den Beirat des Instituts nur mit reaktionären, fundamental-islamistischen Verbänden zu besetzen, denen klar Verbindungen zum türkischen Faschismus nachgewiesen werden können und was das für die Freiheit von Forschung Lehre an dieser Universität bedeuten könnte, wurde diese Kritik nicht nur nicht gehört, sondern Widerspruch mehrere Male übergangen. Statusgruppenvetos der Studierenden wurden mit der Begründung angeblicher Unrechtmäßigkeit ignoriert und damit jede weitere Auseinandersetzung mit Kritik an diesem Prestigeprojekt verworfen. Die Fragen als wie prestigeträchtig ein Beiratsmitglied angesehen werden kann, dass die türkischen Todesopfer im völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die Kurden als Märtyrer bezeichnet oder was ein Verein, der in seinen Moscheen für den Sieg der Türkei in ebenjenem Krieg beten lässt für das Ansehen dieser Universität tun, bleiben indes unbeantwortet.

Für sich spricht auch der Umgang mit studentischen Vertreter_innen im Akademischen Senat. Nicht nur Statusgruppenvetos wurden ohne weitere Diskussion dahinterstehender Kritik übergangen, Diskreditierungsversuche studentischen Engagements scheinen inzwischen an der Tagesordnung zu sein. Angelegenheiten aus dem öffentlichen Sitzungsteil werden kurzerhand zu vertraulichen erklärt, wenn Studierende sie zur Diskussion stellen. Mit der Konsequenz, dass rechtswidrige Änderungen der Geschäftsordnung und Sanktionsmöglichkeiten, künftig dagegen vorgehen zu können, sitzungsfüllend erfolglos diskutiert werden. Gegen öffentliche Beleidigungen studentischer Vertreter_innen durch Angehörige der eigenen Professor_innenschaft, findet die Präsidentin hingegen keine so klaren Worte und Taten.

In den letzten Jahren konnten wir beobachten wie die Haushaltssituation dieser Universität im wahrsten Sinne des Wortes den Bach runter gegangen wurde. Seit Monaten ist sie unter- und die Abteilungsleitung unbesetzt. Seit mittlerweile sehr langer Zeit zeigt sich die Universitätsleitung unfähig diese Situation zu ändern. Mit der Konsequenz, dass Mitarbeiter_innen, deren Aufgabe es nicht ist, etwa den Haushalt der HU ehrenamtlich und zusätzlich zu ihrer regulären Tätigkeit erstellen müssen. Abteilungen ohne Abteilungsleiter_innen scheint das Credo dieses Präsidiums zu sein, das musste nicht nur der Leiter der Haushaltsabteilung einsehen. Ob das zum Wohle der Universität geschieht und welche Abteilung die nächste ist, sind die Fragen, die sich stellen. Die Prioritäten der Präsidentin und des Vizepräsidenten scheinen eher auf kostspieligen Ausgaben, wie auf der seit Jahren horrende Summen verschlingenden SAP-Implementierung zu liegen. Im Kostensparen versuchen sie sich indes im Bereich Personal und erproben das Outsourcing zahlreicher Aufgaben zu Lasten der Beschäftigten.

So bereits übergangsweise geschehen mit zahlreichen Stellen studentischer Hilfskräfte, deren Verträge das Präsidium entweder auslaufen ließ oder erst nach einjähriger Verzögerung, die zahlreiche Studierende ihren Arbeitsplatz kostete, in rechtmäßige Beschäftigungsverhältnisse überführte.

Aber auch Wissenschaftler_innen finden unter diesem Präsidium kaum Wertschätzung für ihre Arbeit. Diese wird zumeist nicht nur unterbezahlt, sondern auch seriell befristet und bietet keinerlei mittel- und langfristige Existenzsicherung. Seine nachdrückliche Befürwortung dieser Befristungspolitik hat dieses Präsidium mit der jüngst veröffentlichten Bayreuther Erklärung der Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands bestätigt, in der die HU Mitglied ist.

„Die Universität gibt es, weil es Studierende gibt“ ließ die Präsidentin in der Kuratoriumssitzung im April 2019 verlauten. Dieses Lippenbekenntnis manifestiert sich aktuell in der unhaltbaren Situation der Lehramtsstudiengänge, die die Universität derzeit nicht mehr in Regelstudienzeit anbieten kann: überfüllte Veranstaltungen, fehlende Räumlichkeiten, katastrophale Betreuungsverhältnisse und die generelle Unterfinanzierung der Lehre sind nur einige Punkte mit denen die Institute und die Studierenden alleine gelassen werden – das wird sich zwangsläufig auf die Qualität und die Zahl der auszubildenden Lehrkräfte auswirken.

Die im Strukturplan verankerte Einschränkung des Studienangebots durch die großflächige Umwidmung der Kombi-Bachelorstudiengänge in Lehramtsstudiengänge und die damit einhergehende Einschränkung des Studienangebots ist derzeit die einzige Antwort des Präsidiums auf diese Zustände.

Wie wir an der Namensklage gesehen haben, an der Besetzung des Beirats des Instituts für Islamische Theologie und jüngst in der Auseinandersetzung um Prof. Baberowskis öffentliche Äußerungen über Studierendenvertreter_innen fehlt diesem Präsidium die Fähigkeit und das Rückgrat sich von Reaktionären, ja Rechtsradikalen unterschiedlicher Couleur klar zu distanzieren. Ein Fehlverhalten, das auf der falschen Annahme beruht alle politischen Meinungen hätten eine

Plattform, ja sogar Strukturen an einer Universität verdient. Eine Präsidentin der Humboldt-Universität sollte es eigentlich besser wissen.

Alles in allem scheint Frau Kunsts Interesse nicht so sehr dem Wohle dieser Universität und ihrer Studierendenschaft zu gelten, wie ihren parteipolitischen Verpflichtungen. Namensklage und Islaminstitut zeigen am deutlichsten auf wessen Weisung hin sie vorrangig handelt. Wir beantragen daher die Abwahl der amtierenden Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst.

5. Rechtsgrundlagen:

§ 13 Abs. 7 der Verfassung der HU (VerfHU).